Angehörigen Info 53

G 10228 D
9.11.1990

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Zum Hungerstreik in Spanien

344 Tage dauert nun schon der Hungerstreik an, mit dem die Gefangenen aus den GRAPO und der PCE(r) für ihre Wiederzusammenlegung kämpfen. Und aus Spanien gibt es nur schlechte Neuigkeiten zu berichten. Unverändert herrscht in sieben Knästen die Kontaktsperre; allein Celsa Barcía konnte ihren Mann Hierro Chomón besuchen. Die Auseinanderlegungen gehen weiter: Aus Logroño wurden drei der hungerstreikenden Frauen in andere Knäste verschleppt: Ana Belén San Miguel Martínez nach Almería, Carmen López Anguita nach Valladolid und Teresa de Jesús González Rodríguez nach Oviedo; Josefina García Aramburu bleibt allein in Logroño zurück.

Die spanische Presse meldet, daß am vorletzten Freitag (26. 10.)in Madrid fünf Militante der GRAPO verhaftet worden seien. Darunter ist María Jesús Romero, nach der die spanische Polizei schon seit Jahren fahndete. Die Umstände der Verhaftungen geben Anlaß zur Vermutung, daß inzwischen auch in Spanien die Rasterfahndung zur Anwendung kommt. Leider konnten wir noch nicht alle fünf Namen herauskriegen, werden sie aber im nächsten Info veröffentlichen. Alle fünf waren die ersten sechs Tage in „incomunicado"-Haft, d.h. von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Auch die Anwälte kamen nicht rein. In dieser Zeit sind sie so massiv gefoltert worden, daß sie zum Teil ärztlich behandelt werden mußten. Ihnen werden praktisch alle Aktionen der GRAPO in diesem Jahr vorgeworfen.

Neben den Meldungen zu den Verhaftungen ist die Nachrichtensperre zum Hungerstreik der Gefangenen weiter absolut. Allerdings brachte ein regionaler Radiosender Interviews mit den Angehörigen und einer Ärztin, die sich gegen die Zwangsernährung ausspricht. Auch auf einer Veranstaltung der Anti-Folter-Kommission letzte Woche in Madrid traten zwei Ärzte gegen diese Folterpraxis auf.

Am 2. November, dem internationalen Frauen- und Lesbentag gegen Knast, malten Frauen in der Madrider Innenstadt ein riesengroßes Wandbild.

Die schon vor einiger Zeit angekündigte Demonstration zum Jahrestag(!) des Hungerstreiks soll am 1. Dezember stattfinden.

Weitere Aktionen zum 18. 10.

Im letzten Info haben wir kurz von den Kundgebungen zum bundesweiten Aktionstag am 18. 10. berichtet. In den letzten zwei Wochen haben wir noch von weiteren Aktivitäten erfahren, die wir Euch nicht vorenthalten wollen. Besonders gefreut hat uns die Solidaritätserklärung der Zusammenlegungs-Ini Heidelberg, die wir im folgenden abdrucken. Weitere Unterzeichner sind der Arbeitskreis Antiimperialistische Solidarität, das Palästina- und das Lateinamerika-Komitee, die Bunte Hilfe, die Redaktion Nachrichten, die Redaktion Brennpunkte und die Nicaragua-Gruppe, alles Gruppen aus Heidelberg.

„Liebe Freundinnen und Freunde!
Wir, Menschen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen in Heidelberg, wollen Euch hiermit unsere Solidarität aussprechen.

Wir haben von den Verfahren, Verurteilungen, Mißhandlungen etc. gegen Euch gelesen. Vor dem Mut und der Entschlossenheit, mit der Ihr Euch, trotz aller Repression und allen Psycho-Terrors, nun schon seit Jahren für die gefangenen GenossInnen einsetzt, haben wir großen Respekt.

Wir wissen um die Notwendigkeit Eurer Arbeit und um die Bedeutung des Angehörigen-Infos nicht nur für uns, sondern vielmehr noch für die revolutionären gefangenen Frauen und Männer in den BRD-Knästen.

Gegen diese Angriffe, die nicht nur Euch, sondern uns alle meinen, versichern wir Euch unsere ganze Unterstützung.

Wir wünschen Euch viel Kraft und Durchhaltevermögen für Eure weitere Arbeit in enger Verbundenheit mit allen Menschen überall auf der Welt, die gegen Unterdrückung, Folter und Terror der Imperialisten kämpfen.

Wir brauchen das Angehörigen-Info als Informations- und Diskussionsforum.
Wir werden das uns mögliche dazu tun, sie daran zu hindern, Euch und uns mundtot zu machen.

Solidarische Grüße aus Heidelberg."

Desweiteren hat die Zusammenlegungs-Initiative Heidelberg eine Beilage gedruckt, die in die Regionalblätter „Brennpunkte" (Auflage 800) und „Nachrichten" (1500) eingelegt wurde. Enthalten darin war u.a. unser Brief gegen die Kriminalisierung der Angehörigenarbeit (Info Nr. 50). Schon am 13. 10. gab es in der Heidelberger Fußgängerzone wieder einen Infostand mit Transparenten, Wandzeitungen und Büchertisch, schwerpunktmäßig zu haftunfähigen Gefangenen und zum Hungerstreik in Spanien. Weil die Resonanz — wie sie schreiben — ziemlich zufriedenstellend war, haben sie nun beschlossen, diese Aktion monatlich durchzuführen.

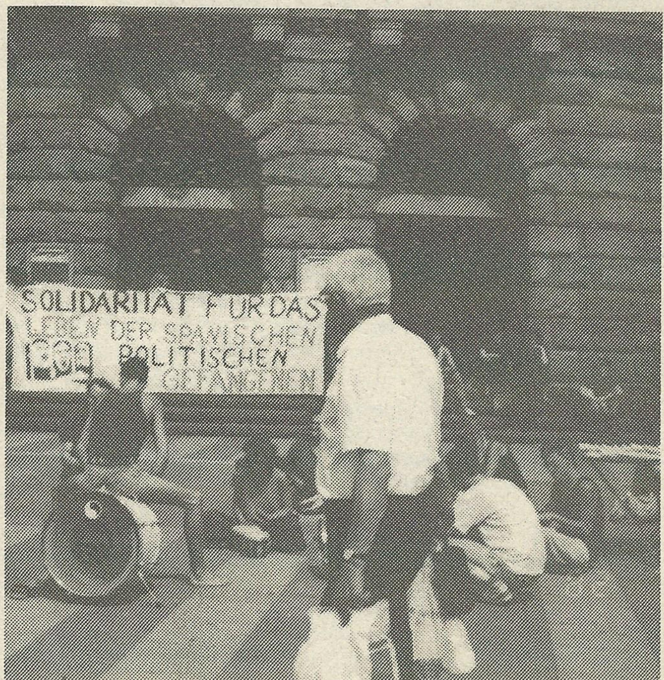
Auch das Tübinger Info-Büro hat ein Flugblatt verfaßt, mit dem sie zur Kundgebung und zum Prozeß gegen das Angehörigen-Info am 17. 10. mobilisiert haben.

Der Infoladen Omega in Neumünster hat uns ein Flugblatt zugesandt, das sie am 18. 10. in Erinnerung an 77 verteilt haben. Außerdem haben sie am Infoladen zwei Transparente aufgehängt.

In Freiburg muß am 18. 10. eine Demo stattgefunden haben, von der wir aber nichts weiter wissen. Von der „Initiative zum 18. 10.90" haben wir zwei Flugblätter zugeschickt bekommen: für die Wiederzusammenlegung der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r). Daraus geht hervor, daß sie in diesem Sinne in der letzten Zeit mehrere Aktionen gemacht haben: Sie haben drei Auftritte einer Schweizer Theatergruppe in der Innenstadt und einem Stadtteil organisiert und mit Diskussionen und Flugblättern begleitet, sie haben Plakate verklebt und vom Freiburger Münster ein riesiges Transparent herabgehängt mit der Aufschrift: „Hunger nach Leben". Wie aus der Berliner Zeitung „Interim" zu erfahren war (25. 10.), sind in Freiburg wegen der andauernden Nachrichtensperre zum Hungerstreik in Spanien die Schlösser einiger BZ-Filialen zugeklebt worden.

In derselben Interim war zu lesen, daß es in Nürnberg vom 18. auf den 19. 10. bei mehreren Filialen der Deutschen Bank zu ähnlichen Beschädigungen kam.

Der ASTA der Technischen Universität Braunschweig hat zum 18. 10. ein Sonder-Info herausgebracht. In der Mensa der TU hing vier Stunden lang ein Transparent, in einem Vorlesungsraum und in der Innenstadt wurde zu 77 und zum Hungerstreik in Spanien gesprüht.



Trommeln in Mainz

Hafenstraße bleibt!

Selbst das kleinste Licht durchbricht die Dunkelheit
Flugblatt der Hafenstraße vom 16. 10. 90

Wir haben in unserem letzten Info über die vorübergehende Besetzung des Gruner + Jahr-Gebäudes von BewohnerInnen der Hafenstraße berichtet. Mit der Besetzung sollte erreicht werden, daß der „Stern" eine Erklärung der Hafenstraße abdruckt, in der sie die Verdrehungen und Lügen der Artikel vom „Stern" Nr. 38 und 39 richtigstellen.

Der „Stern" weigert sich nach wie vor, diese Erklärung abzudrucken. Der Arbeitskreis Hafenstraße der IG Medien hat schon am 2. 10. ein Protestschreiben an die Chefredaktion des „Stern" geschickt. Dieser Brief blieb bis heute unbeantwortet.

Zu diesem Thema fand auch am 1. 11. eine Diskussionsveranstaltung statt, zu der der Arbeitskreis IG Medien aufgerufen hatte.

In der Clockwork Nr. 20 wurde die Hafenstraßen-Erklärung vollständig abgedruckt.

Wir finden es schlimm, daß der „Stern" bewußt die Wahrheit unterdrückt; deswegen ist es uns wichtig, die Erklärung auch in unserem Info zu bringen. — Die Redaktion.

anfangs haben wir uns nur widerwillig zusammengesetzt, um eine antwort zu finden auf die staatsschutzlügen. denn wir wollen nicht reden unter druck und uns keinem erklärungsterror beugen. aber eine antwort ist lebensnotwendig, für uns, besonders aber für kalle und cora, und wird mit recht erwartet von menschen, die sich seit jahren für den hafen einsetzen. und ein schweigen dazu überläßt dem bundeskriminalamt (bka) und der bundesanwaltschaft den raum, weiter an den lügen zu basteln — sie zu „tatsachen" zu machen, um dann zuschlagen zu können. sie brauchen dafür diese absurden konstruktionen, weil sich in denen kein mensch wiederfinden kann.

ausgangspunkt des ganzen lügengebildes ist die erlogene raf-mitgliedschaft von zweien von uns, kalle und cora, und von ute hladki und holger deilke aus detmold. ute und holger sind zu einem prozeß wegen einer veranstaltung für die zusammenlegung der politischen gefangenen nicht hingegangen — ein mitangeklagter hat für die gleiche veranstaltung 1 1/2 jahre knaststrafe bekommen. die vier — kalle, cora, ute und holger — sollen zusammen in einer bauernkate in lasbek gewohnt haben.

cora sollte 1987 für eine reststrafe von 13 monaten erneut in den knast; obwohl sie gerne hiergeblieben wäre, war für sie das bestimmende, daß sie nicht in den knast wollte. sie ging weg von hier, blieb aber im lande. kalle war bis kurz vor der verhaftung von ute und holger immer wieder auch bei uns. „strafrechtlich relevante" fakten gegen die beiden sind da schlimmstenfalls: zwei motorräder mit geklauten oder gefälschten kennzeichen und die anmietung des hauses in lasbek unter verfälschten namen — das ist alles.

für den 15. 5. 90 ordnete die bundesanwaltschaft eine razzia gegen unsere häuser an. vorgebliches ziel: fahndung nach den angeblichen raf-mitgliedern karl-heinz gerum und corinna kammermeier, durchsuchung der wohnungen von elf angeblich nahen freunden, so zusammengestellt, daß sie in jedes unserer häuser rein können. busladungen voller spezialisten von bundes- und landeskriminalamt schnüffelten durch unsere häuser. zig hundertschaften polizei und bundesgrenzschutz mit wasserwerfern und anderem schweren gerät besetzten zehn stunden lang die ganze umgebung unter anwendung des notstandsgesetzes zur einrichtung von kontrollstellen, beschlagnahmten sachen gleich lkw-weise.

vier monate später bringt der vom verfassungsschutz (vs) und/oder bka gefütterte ehemalige springer-polizeireporter osterkorn über den stern:

das bka hätte bei der razzia mordpläne gegen kohl und andere repräsentanten von staat und rüstungsindustrie gefunden: stadtpläne, in denen wohnorte, standorte für sprengfallen und fluchtrouten eingezeichnet wären. welche von uns hätten ziele ausgespäht, die die raf dann angreifen wolle.

der staat träumt vom endsieg. und so wird gleichzeitig die schraube gegen die politischen gefangenen angezogen: es wird alles zurückgedreht, was der hungerstreik 89 an verbesserungen der haftbedingungen für einen teil der gefangenen — lange nicht alle — gebracht hat; im bundestag wird wieder wie am 18. 10. vor 13 jahren von kontaktsperre geredet —, damals eine voraussetzung für die stammheimer morde. das informationsblatt der angehörigen der politischen gefangenen, in dem sie seit dem hungerstreik über die situation der gefangenen informieren, wird kriminalisiert.

heute sagt lochte (hamburger verfassungsschutzchef) selber, daß es im mai gar nicht ziel der razzia war, cora und kalle hier zu finden. ziel war, material abzuschleppen, um damit hinterher in ruhe „beweise" zu erstellen. so haben sie in bestimmten wohnungen funkgeräte, computer, autoradios, geld etc. mitgenommen, in anderen zimmern haben sie sich für das gleiche zeug überhaupt nicht interessiert. sie hatten von anfang an vor, gegen bestimmte leute was zu „finden". über einen tisch mit elektromaterialien, lötkolben usw., der bei einem von uns steht, sagten die konstrukteure des bka zum beispiel: „daraus bastel ich dir alles."

und genau so arbeitet der staatsschutz auch.

sie nehmen sich tatsachen, biegen sie um und setzen sie neu zusammen, so daß aus geschichte mit völlig anderer bedeutung am ende scheinbar schlüssig steht: ja, es gibt die raf in der hafenstraße.

so hat das bka aus einem regal mit einer stadtplansammlung die hälfte davon (ca. 50 stück) mitgenommen — **nur** in diesem einen zimmer haben sie sich überhaupt für stadtpläne interessiert, in anderen zimmern haben sie sie liegen lassen. die stadtpläne stammen aus aufgebrochenen autos. wir wissen nicht, wie die markierungen — wenn es sie überhaupt gibt — in die stadtpläne gekommen sind. sie können uns die autos selber vor die tür gestellt haben, weil sie wissen, daß hier autos aufgebrochen werden. die autobesitzer können da markierungen reingemalt haben oder der staatsschutz selber. wir wissen aber, daß bka und geheimdienste solche methoden drauf haben, siehe celler loch.

von uns hat jedenfalls niemand in den stadtplänen rumgemalt!

diese methode, die der staatsschutz gegen uns anwendet, kennen wir schon lange, wenn auch nicht in der dimension wie heute: immer wenn es konkrete räumungsabsichten gibt, ziehen sie die raf-in-der-hafenstraße-geschichten aus der tasche:

— 1985 — mit ihren unbewohnbarkeitserklärungen waren sie gerade gescheitert — nahm lochte sich die taz, um fünf von uns zu raf-mitgliedern zu erklären; zwei monate später kam der räumungsversuch vom 5. 12. 85.
— 1987 nahmen wir uns die schon geräumten wohnungen zurück. es zeichnete sich ab, daß der senat große probleme mit seiner erklärten räumungslinie bekommen würde. auch da tauchte lochte auf: eine aus unserer rathausdelegation bei dohnanyi wäre mitglied in der raf. sie hatte acht jahre zuvor mit anderen zusammen ein dpa-büro besetzt, weil sie auf die lebensbedrohliche situation von zwei politischen gefangenen aufmerksam machen wollte.

der staat hat uns schon lange — lange vor dem 87er vertrag — für gescheitert erklärt. welche dreistigkeit, daß gerade **sie** uns für gescheitert erklären wollen! die geschichtsschreibung, dohnanyi hätte das wunder von hamburg vollbracht und der senat hätte uns mal eine chance gegeben, ist pure propaganda — den vertrag haben wir zusammen mit den vielen anderen menschen dem senat abgerungen, und spätestens seit voscheraus machtübernahme hat der senat nichts anderes gemacht als zu versuchen, den vertrag zu unterlaufen und uns loszuwerden. der mietrechtliche weg, uns hier zu vertreiben, geht ihnen zu langsam. was sie als rechtsstaatlichen weg behaupten, ist vielleicht rechtsstaatlich, aber nicht legitim. sie machen sich ihre gesetze, wie sie sie brauchen, und verkaufen das dann als rechtsstaat. lochte hat hamburger wirtschaftsbossen versprochen, daß ende des jahres das problem hafenstraße aus der welt ist — mit oder ohne räumungsurteil.

alles, was hier ist, ist auf unserem mist gewachsen; wir leben hier seit inzwischen fast zehn jahren, und wir haben hier jede menge dran gearbeitet, so gut wie alles hier selber gemacht. von den vom senat zugesagten sanierungsgeldern haben wir kaum eine mark gesehen. der senat hat die häuser zu spekulationszwecken verrotten lassen, von b. mutwillig zerstören lassen und sogar mit polizeigewalt unsere arbeiten zu verhindern versucht. die häuser sind **unsere**, gegen den senat durchgesetzt, und **der** und seine hafenrand gmbh haben hier überhaupt nichts zu melden. wir sind ihm keine rechenschaft schuldig. nicht denen, die bei 90 000 wohnungslosen in der stadt sich eine goldene kloschüssel für fast 100 000 dm ins rathaus bauen lassen. nicht denen, die ganze stadtteile umkrempeln — geld rein, arm raus.

wir mußten von anfang an immer wieder um unser leben hier kämpfen, unsere interessen gegen den räumungswillen des senats durchsetzen, und wir merken erst recht in solchen situationen wie jetzt, wo die walze auf uns zurollt, daß wir was richtigem auf der spur sind:

natürlich leben wir hier auf keiner insel, haben mit problemen wie

geldbeschaffung, alkohol, junk und allen möglichen schattierungen von konsum zu kämpfen. auch wenn wir mit allen unseren widersprüchen nicht immer konstruktiv umgehen und immer wieder gegen konkurrenz, ignoranz und scheißegal zu kämpfen haben — uns und anderen gegenüber —, wären wir nicht weit gekommen, wenn wir bei ab- und ausgrenzung stehengeblieben wären. wir gehen davon aus, daß wir unsere probleme und widersprüche selbst regeln können; auch wenn das langwierige und oft anstrengende auseinandersetzungen bedeutet.

uns geht es um die menschen, die möglichkeit für jede und jeden, sich verändern zu können, und nicht um „störfaktoren", die zu beseitigen sind mit polizeihundertschaften, zwangsentzug, räumungsklagen, psychiatrie und knast.

es geht um ein leben ohne angst, schuld und strafe.

Zum Prozeß gegen eine Angehörige

Liebe Freunde/Innen der politischen Gefangenen und Solidaritätsgruppen!

Am Freitag, 16. November 1990, um 8.30 Uhr findet vor dem Amtsgericht Stuttgart, Urbanstr. 31 a, Saal 4 EG, der Prozeß gegen Martha Barabaß statt, wegen gem. Hausfriedensbruchs.

Am 13. 1. 89 haben zehn Angehörige und Freunde/Innen das Justizministerium in Stuttgart besetzt, um auf die lebensbedrohliche Situation von Günter Sonnenberg hinzuweisen und seine Freilassung zu fordern. Günter, der bei seiner Verhaftung 1977 durch einen Kopfschuß verletzt wurde, leidet an epileptischen Anfällen. Ende Dezember 1988 bekam er einen erneuten Anfall, nachdem Roland Mayer Mitte Dezember entlassen wurde und er nun alleine in Bruchsal war. Mit Roland hatte er täglich Hofgang gehabt.

Unserem Verlangen, daß wir gemeinsam mit Justizminister Eyrich reden wollten, wurde nicht entsprochen. Nach ca. einer Stunde Besetzung wurden wir aus dem Justizministerium herausbefördert.

Nach etwa einem Jahr bekamen alle Besetzer/Innen Strafbefehle zwischen 800,- und 1600,- DM: Wir legten Einspruch ein, daher jetzt die Verhandlung.

Gegen drei Angehörige hat die Verhandlung bereits stattgefunden. Die Geldstrafen wurden bestätigt bzw. bei einer von uns noch erhöht. Der Antrag auf Zusammenlegung der noch ausstehenden Verfahren wurde abgelehnt.

Mit den Einzelverhandlungen bauen sie darauf, unbemerkt von der Öffentlichkeit Prozesse gegen die Angehörigen und Freunde/Innen führen zu können.

Kommt zu dem Prozeß und helft durch Eure Solidarität mit, daß es in Zukunft keine Prozesse mehr gegen die Angehörigen gibt.

Wir wollen mit Euch anschließend eine Kundgebung vor dem Justizministerium in Stuttgart machen, für die Freilassung von Günter.

30. 10. 90, Angehörige und Freunde/Innen der politischen Gefangenen, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe

P.S.: Über die Solidarität zum Prozeß gegen das Angehörigen-Info in Köln — wo ca. 100 Leute da waren — haben wir uns gefreut.

die langen auseinandersetzungen der letzten jahre schärften natürlich unser gespür für und unsere verbundenheit mit anderen menschen und bewegungen, die ihre interessen in die eigene hand nehmen. und natürlich auch dafür, daß es jede menge menschen gibt, die genauso angeschissen sind wie wir und noch keine erfahrungen gemacht haben, daß es auch was anderes geben kann.

spätestens 87, in den barrikadentagen, haben wir selbst an der solidarität so vieler menschen aus allen gesellschaftlichen bereichen erfahren, daß unsere sehnsucht nach einem anderen leben die von vielen ist. das bedürfnis, die eigenen lebensverhältnisse selbst zu bestimmen, taucht überall auf, ungeachtet der von oben behaupteten sachzwänge — in den schulen, stadtteilen, universitäten, bei den gruppen, die etwas für die natur tun wollen, als altenbewegung „graue panther", in mieterkämpfen oder den kämpfen von arbeiterInnen im gesundheitsbereich.

noch unmißverständlicher ist das, was die ausgeplünderten der südlichen erdhälfte hierher treibt und treiben wird: hunger.

ein system wie dieses, das die existenziellen bedürfnisse der menschen nicht befriedigen kann, hat keine zukunft, nur gewalt. es kann nur versuchen, uns, die menschen, als lebendigen widerspruch plattzuwalzen. weil jeder traum, jede vorstellung von „wie anders leben" und jede erfahrung von „wie sich damit durchsetzen können" zum zündenden funken werden kann.

gerade diese gesellschaftlichen entwicklungsmöglichkeiten will der staat blockieren.

dagegen werden wir uns stellen.

und darin liegt auch unsere möglichkeit, uns noch mal viel direkter mit all denen zu treffen, die im aufbruch sind.

denn unser kampf um unser leben hier ist auch kampf um den raum, gesellschaftliche prozesse für das leben aller offen zu halten.

deshalb machen wir uns jetzt zusammen genauer gedanken, wie wir die konstruktionen der staatsschutzbehörden aufdecken und brechen können,

weil aus uns — genau wie aus kalle und cora — etwas gemacht werden soll, was wir und sie nicht sind,

weil wir mit kalle und cora solidarisch sind,

weil wir es zum kotzen finden und nicht tatenlos zusehen wollen, wie die beiden gejagt werden,

und erst jetzt, weil wir diese ungeheuerlichkeiten erstmal begreifen müssen.

in unserem flugblatt nach der aktion der raf gegen herrhausen und nach der verhaftung von ute und holger haben wir noch gesagt, wir finden es immer richtig, sich dem knast zu entziehen. daß wir uns bisher so ungenau und oberflächlich auseinandergesetzt haben, wenn einzelne von uns in so einer existenziell bedrohlichen situation stecken, hat sicher einen teil dazu beigetragen, daß und wie die entscheidung, wegzugehen, von kalle und cora damals gelaufen ist.

die realitäten angesichts der knallharten bedingungen in diesem staat haben uns eingeholt: wir sehen keine möglichkeit, sich der konfrontation zu entziehen und sich eine struktur aufzubauen, in die gesuchte flüchten und dann viel schärfer mit dem konfrontiert sind, wovor sie abgehauen sind — wir wollen nicht durch flucht und exil unser leben hier aufgeben.

die raf hat da klare worte gesagt, und wir haben uns darüber gefreut, daß sie diesen brief geschrieben haben.

es ist die verantwortung aller — auch von kalle und cora —, sich so zu verhalten, daß wir zusammen die staatsschutzlügen und das dahinterstehende vernichtungsinteresse vom tisch fegen können.

hafenstraße bleibt! hafenstraße, 16. 10. 90

Aktuelles international

Internationaler Frauen- und Lesbentag gegen Knast am 2. 11.

Am 2. 11., dem Jahrestag der Befreiung von Assata Shakur, fand vor dem Lübecker Knast eine Kundgebung von ca. 120 Frauen und Lesben statt. Der erste Beitrag handelte von der Entstehungsgeschichte dieses internationalen Tages: Die Idee dazu entstand auf dem alljährlich stattfindenden Frauen- und Lesbencamp in Holland, und dieser internationale Frauen- und Lesbentag gegen Knast soll auch nächstes Jahr wieder stattfinden.

Außer in Lübeck gab es auch vor den Knästen in Schwäbisch-Gmünd und Frankfurt-Preungesheim Kundgebungen. Welche Aktionen in Zürich oder Izmir am 2. 11. stattfanden, wissen wir noch nicht. In einem Teil von Euskadi gab es eine Plakataktion, in San Francisco eine Veranstaltung.

In weiteren Beiträgen auf der Kundgebung in Lübeck ging es um die Situation von Frauen im Knast, dabei insbesondere um die der gefangenen Frauen in Lübeck, und um die aktuelle Situation der hungerstreikenden Gefangenen aus GRAPO und PCE(r). Im letzten Beitrag wurde über Assata Shakur und die Situation in den USA berichtet. Daran anschließend wurde noch eine Grußadresse von Marilyn Buck, Linda Evans, Susan Rosenberg und Laura Whitehorn, politische Gefangene in den USA, verlesen, die wir nachfolgend abdrucken.

Die Kundgebung dauerte ca. zwei Stunden, die Stimmung unter uns draußen und die Musik (u.a. mehrere live vorgetragene Stücke wie z.B. eines von Tracy Chapman) waren gut.

Solidaritätserklärung von den Frauen aus dem Resistance Conspiracy Prozeß (Prozeß wegen Verschwörung zum Widerstand) in den USA zum 2. 11.

Wir möchten Euch dafür danken, daß Ihr heute am ersten internationalen

Frauenaktionstag zu Frauen und Knast hier seid. Es ist toll — und sehr wichtig —, daß dieser Tag stattfindet. Wir wollen insbesondere unsere Solidarität mit den politischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) ausdrücken, die seit fast einem Jahr im Hungerstreik sind. Der Wille zu siegen, den diese GenossInnen im Angesicht der andauernden Zwangsernährungsfolter gezeigt haben, ermutigt uns alle — politische Gefangene und unsere Bewegungen. Wir wollen außerdem unsere Solidarität mit Euch in der BRD ausdrücken, mit Euch, die Ihr Euch gegen die staatliche Repression stellt, um politische Gefangene zu unterstützen und zu verteidigen — insbesondere unsere Schwestern hinter den Mauern, die Beispiele für Mut und ungebrochenen Widerstand gesetzt haben. Wir haben viel von Euch und den anti-imperialistischen / Anti-Staats-Kämpfern in der BRD gelernt.

Heute ist der Jahrestag der Befreiung von Assata Shakur. Es ist ein wunderbarer Tag, um weltweit Solidarität mit politischen ♀-Gefangenen zu feiern. Assatas Freiheit erinnert daran, daß politische Gefangene befreit werden können. Sie erinnert daran, daß wir Gefechte und letzten Endes den Kampf um menschliche Befreiung, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit gewinnen können.

Assata wurde zur gleichen Zeit befreit, als sich Menschen für den Schwarzen Menschenrechtstag in den USA versammelten und protestierten. Die Aktion ihrer Befreiung war nicht nur bedeutsam, weil sie die Mögichkeit für revolutionäre Bewegungen darstellt, ihre Militanten zurückzufordern, sondern auch, weil es eine Aktion an einem Tag von vielen Aktionen für Befreiung und Selbstbestimmung war. Wir brauchen viel mehr solcher Tage, Wochen und Jahre.

Der Staat war grausam in seiner Vergeltung. Der politische Repressionsapparat in den USA forderte einen hohen Preis für Assatas Befreiung. Die Regierung hetzt viele Menschen unermüdlich — sie terrorisierte die schwarze Community auf der Suche nach Assata. Menschen, die von der Regierung verdächtigt wurden, an Assatas Befreiung beteiligt gewesen zu sein, wurden ermordet, und viele von uns wurden gefangengenommen. Zwei Genossen sind tot als Ergebnis des Rachefeldzugs, der an diesem Tag gegen die neuafrikanische (New African) Unabhängigkeitsbewegung und ihre Verbündeten begonnen wurde. Nach der fehlgeschlagenen Enteignungsaktion von einem Brinks-Geldtransporter durch die Schwarze Befreiungsarmee (Black Liberation Army) und anti-imperialistische Verbündete, starb Mtyari Shabata Sudiata, bei einem Zusammenstoß von der Polizei kaltblütig ermordet. Kuwasi Balagoon starb vier Jahre nach seiner Gefangennahme im Knast an AIDS. Verschiedene von uns, die jetzt im Knast sind, sind intensiver Repression ausgesetzt gewesen — von Isolationshaft in Marion bis zu psychischer Folter im Hochsicherheitstrakt von Lexington. Dazu gehören die neuafrikanischen Kriegsgefangenen Sekou Odinga und Mutulu Shakur, die Anti-ImperialistInnen Judy Clark, David Gilbert, Silvia Baraldini, Kathy Budin und einige von uns aus dem Resistance Conspiracy Prozeß — Susan Rosenberg, Marilyn Buck und Alan Berkman.

Die Regierung versucht der Welt vorzumachen, daß Assatas Befreiung eine Aktion von wenigen war. Aber ihre Befreiung und der Kampf um die Befreiung der Schwarzen Nation war keine isolierte Handlung. Viele Genossinnen und Genossen aus der neuafrikanischen Unabhängigkeitsbewegung und der revolutionären anti-imperialistischen Bewegung wurden der Repression ausgesetzt, angegriffen und gefangengenommen. Der Resistance Conspiracy Prozeß entstand aus der gleichen Unterstützung für neuafrikanische Unabhängigkeit und Menschenrechte für alle unterdrückten Menschen.

Wir sind die Frauen aus dem Resistance Conspiracy Prozeß in den USA — Marilyn Buck, Linda Evans, Susan Rosenberg und Laura Whitehorn. Zusammen mit den Genossen Alan Berkman und Tim Blunk sind wir seit mehr als fünf Jahren politische Gefangene, weil wir weiße revolutionäre Anti-ImperialistInnen aus der Unterdrücker-Nation sind. Weil wir es gewagt haben, uns mit den unterdrückten Völkern und Nationen zu verbünden, um gegen den US-Staat Widerstand zu leisten und ihn anzugreifen. Und weil wir fordern, daß die USA ihre Kolonien und legal erworbenen Länder aufgeben und soziale Gerechtigkeit herstellen. Das ist unsere Verantwortung. Und durch den Kampf um nationale Befreiung und Sozialismus haben wir unsere Menschlichkeit zurückerobert. Dieser Kampf hat es uns möglich gemacht, revolutionäre Frauen mit einer revolutionären Vorstellung für die Befreiung von Frauen und Lesben und allen unterdrückten Menschen zu werden.

Als weiße Frauen in der US-Unterdrückernation glauben wir, daß wir eine besondere Verbindung und eine gemeinsame Bestimmung mit Euch — unseren europäischen Schwestern; Frauen aus imperialistischen Unterdrückernationen — haben. Unsere Länder sind entwickelt — reich in einer Welt von Völkern, die durch die Ausbeutung und koloniale Gier unserer Völker arm gemacht werden. Wir sind der Norden im Nord-Süd-Konflikt. Wir müssen weiterhin neue Strategien finden, alte Taktiken verbessern, um die Macht des Staates, nationale Unterdrückung und Rassismus, Unterdrückung von Frauen und Lesben und Schwulen und Klassenausbeutung von innen zu bekämpfen. Und wir müssen unsere Bündnisse und unser Eintreten für den weltweiten Kampf um nationale Befreiung und Selbstbestimmung im Süden verstärken. Der Süden, das sind die armen, ehemaligen und weiterbestehenden Kolonien der Welt — von Puerto Rico und der Schwarzen Nation in den USA bis nach Südafrika, Palästina, Lateinamerika und Asien. Wir können weiterhin gegenseitig von unseren Erfahrungen lernen, weil alle herrschenden Klassen in unseren Ländern sich gemeinsam verbünden.

Die USA haben nach dem 2. Weltkrieg eine Menge von den Nazis gelernt. Die USA haben in den 70ern den Marion-Knast gebaut. Die BRD lernte von den USA und baute Stammheim. Der Hochsicherheitstrakt in Lexington wurde aus den Erfahrungen in Stammheim gebaut. Die USA lernten von dem BRD-Repressionsapparat auch über Hungerstreiks. Hier werden Gefangene nach drei Tagen Hungerstreik in den Isolationsbunker gebracht und zwangsernährt. Es gibt keinen Protest, keine Frage nach Folter — die Komalösung vor dem Koma. Und Spanien mit seiner sozialdemokratischen Fassade lernte auch von der BRD. Dort haben sie Zwangsernährung zu einer neu ausgeklügelten Form der Folter gegen revolutionäre GenossInnen entwickelt. Wir sind voller Hochachtung für die GenossInnen aus GRAPO und PCE(r) in ihrem andauernden Widerstand, um durch ein enormes Opfer politische Kollektivität zurückzugewinnen.

Unsere Regierungen verbünden sich, deswegen müssen wir uns zusammen verschwören. Als Frauen wissen wir, wie wir überleben und in den Schatten der patriarchalen Systeme kämpfen können. Laßt uns das, was wir in unserer grundsätzlichsten Selbstverteidigung gegen frauenhassende Eigentumssysteme gelernt haben, nehmen und es in unsere Stärke, unsere offensive Waffe verwandeln. Verwandelt unsere Unterdrückung in Wut und Widerstand.

Zum Schluß: Als politische Gefangene empfinden wir eine besondere Verbindung mit unseren gefangenen Schwestern weltweit — von der BRD bis Südafrika, vom besetzten Palästina bis nach Zentralamerika und den Philippinen. Wir spüren Eure Opfer, und wir spüren Euren Widerstand. Wir sind an Eurer Seite. Wir lieben Euch.

Hasta la Victoria Siempre

Marilyn Buck, Linda Evans, Susan Rosenberg, Laura Whitehorn.
DC Detention Center, 24. Oktober 1990

Zwei Berichte von Besuchen bei Gefangenen aus Action Directe in Frankreich

Am 20. Oktober lief mein erster Besuch bei Georges Cipriani in Fresnes. Vorausgegangen waren Monate gemeinsamer Überlegungen mit einigen von hier, die zum Teil seit Jahren versucht hatten, eine Besuchsgenehmigung für eine/n der vier gefangenen Militanten aus Action Directe zu bekommen. Wir haben uns zusammengesetzt, um nun gemeinsam diese Genehmigungen durchzusetzen. Dringend notwendig war das deshalb, weil die vier Gefangenen bis auf Joelle Aubron kaum Besuche bekommen. Georges Cipriani hatte seit seiner Verhaftung im Februar '87 bis zum September diesen Jahres — also dreieinhalb Jahre lang — nur zwei Besuche bekommen.

Die vier Gefangenen haben trotz der bereits erfolgten Verurteilungen („kriminelle Vereinigung" und Besse) U-Haft-Status, da andere Verfahren noch im Ermittlungsstadium sind. Zu Beginn unserer Diskussion um die Durchsetzung der Besuchsgenehmigungen waren dafür zwei Untersuchungsrichter zuständig, Bruguière und Vuillemin, die auch für die Besuchsgenehmigungen verantwortlich waren.

Unser erster Schritt waren die gleichzeitig von allen gestellten Besuchsanträge, die an beide Richter geschickt werden mußten, mit Photos, Kopien des Personalausweises, Kopie der letzten bezahlten Stromrechnung oder ähnliches, als Nachweis dafür, daß man tatsächlich da wohnt, wo man gemeldet ist.

In dieser Zeit wechselte Vuillemin ins Justizministerium, an seine Stelle trat Leloire, ein uns unbekannter Neuer. Es stellte sich heraus, daß

Leloire die Linie von Vuillemin — Normalisierung — fortsetzte. Von ihm erhielten einige von uns nach relativ kurzer Zeit ein Schreiben, in dem er ankündigte, daß er die Genehmigungen an die jeweiligen Knäste schicken werde, Fresnes und Fleury. Aus unserer Erfahrung wußten wir, daß in der Vergangenheit schon öfter so verfahren wurde, daß ein Richter die Genehmigung erteilt, der andere nichts von sich hören läßt, wir aber beide brauchten. Bis dahin waren unsere Besuchsanträge an dem Richter Bruguière gescheitert, der die harte Linie der französischen Justiz/Politik gegenüber den politischen Gefangenen verkörpert. Daher überlegten wir uns, wie wir den Druck auf Bruguière verstärken konnten. Wir haben in einem Brief an ai geschildert, wie die französische Justiz auch mit der Verweigerung von Besuchsgenehmigungen die politischen Gefangenen aus AD isoliert, und sie aufgefordert, bei den französischen Behörden zu intervenieren.

In zwei der Städte, aus denen wir kommen, gingen wir ins französische Konsulat. In Saarbrücken erfolgte daraus eine 20-minütige Diskussion, in der der Konsul seine Zuständigkeit für ausschließlich französische Staatsbürger in der BRD betonte, darüber hinaus nichts zu sagen hatte auf unsere Beschwerde über die französische Justiz und schließlich — auf die Bedingungen der Isolationshaft angesprochen — nur erwidern konnte, daß es dafür in der BRD ja auch Beispiele geben würde, z.B. „Baader-Meinhof in Stammheim". Seine Nervosität konnte er nur schlecht verbergen, und wir waren uns sicher, daß er unseren Besuch an höherer Stelle melden wird, womit denen klar werden sollte, daß sie was tut.

Erst kurz danach erfuhren wir, daß Bruguière nicht mehr für die vier zuständig war, da die Verfahren, die er noch zu bearbeiten hatte — Interpol und zweites Verfahren wegen krimineller Vereinigung —, durch Entscheidung der Anklagekammer ohne Prozeß abgeschlossen wurden.

Dadurch waren die Besuchsgenehmigungen von Leloire ausreichend, die Besuche konnten laufen.

Fresnes. Ein großes, teilweise ummäuertes, teilweise umzäuntes Gelände mitten in einer der Trabantenstädte vor Paris. Ich kam ohne Kontrolle hinein, vorbei an Schließer-Einfamilienhäusern mit Vorgartenzwergen und Wäscheständern, Parkplätzen, der Kantine. Dahinter zwei eigens ummäuerte Gebäudekomplexe: das Krankenhaus und der Knast. Am Besuchereingang eine Warteschlange von ca. 100 Menschen, die sich beständig vergrößerte. Besuchstage sind Mo., Mi., Sa., ab 13 Uhr, das heißt man braucht keinen Termin auszumachen, man stellt sich in die Reihe. Nach eineinhalb Stunden bin ich im Warteraum, von da aus geht es schnell: Immer hinter dem Vordermann her, Besuchsschein empfangen, Tasche zur Metalluntersuchung auf ein Fließband legen, man selbst geht durch eine Schleuse, das erinnert an Flughafenabfertigung, dann Ausweis abgeben, Laufnummer empfangen, über einen Hof zu den Schließfächern, Taschen leeren, mitgebrachte Bücher abgeben (fünf pro Besuch, auch gebrauchte), all das ohne Begleitung, man kommt an den Schließern vorbei, an jedem Posten muß man die Laufnummer zeigen, Hundemarke, dachte ich. Nach den Schließfächern, in einer Art Tunnel, noch einmal abgefiept, Massenabfertigung, keine Fummelei, keine Sonderbehandlung, niemand greift mich an, dann Besuchsschein abgeben, Besucherzellennummer empfangen und warten. Das ist ein Film, mit all den anderen Besuchern, die vorbeieilen, sich an den Engpässen dieser Abfertigung drängeln, schwerbepackt mit Wäsche, für eine halbe Stunde Besuchszeit zum Teil stundenlange Anreise hinter sich. Ich muß in einem Tunnel gleich am Anfang warten, Division 1, Hochsicherheitstrakt, d.h. all die anderen Besucher laufen an mir vorbei, nur wenige warten mit mir. Dann brüllt einer „Zelle 11-19", ich habe die 17, laufe den anderen hinterher, ein Gang, von dem mehrere Türen abgehen, sie sind nummeriert, ich finde die 17, mach die Tür auf und denke zuerst, das ist der Raum für die Einzelkontrolle: ca. ein Meter breit, zwei Meter lang, in der Mitte ein Holzbrett von einer Wand zur anderen, darauf zwei Hocker. Gegenüber eine Tür. Erst langsam realisiere ich, daß das die Besucherzelle ist. In den Türen sind Glasfenster, Schließer laufen draußen auf dem Gang und glotzen ab und zu rein. Ich hockte mich erst mal auf das Brett und schaue durch das Glas der anderen Tür auf den Gang, von dem Georges kommen muß. Er wird als letzter gebracht, der Schließer knallt die Tür zu, und wir sind eine halbe Stunde „allein".

Im Oktober habe ich Joelle Aubron zum ersten Mal besuchen können. Geschrieben habe ich ihr schon länger, zwei Jahre lang kam keinerlei Reaktion auf meine wiederholten Besuchsanträge.

Ich bin in der Angehörigengruppe, und deshalb geht's mir im Austausch mit Joelle (und auch mit Georges, dem ich inzwischen auch seit ca. einem Jahr schreibe) um alles, was mit den politischen Gefangenen, ihren Haftbedingungen und der Durchsetzung ihrer Forderungen zusammenhängt. Dieser Austausch wird erleichtert dadurch, daß Georges und Joelle das Angehörigen-Info bekommen und ich auch von Joelles Eltern mehr über die Haftbedingungen der vier erfahre und über die — allerdings schwache — Mobilisierung draußen.

Joelle ist im Frauengefängnis von Fleury-Merogis, ca. 40 km von Paris entfernt. Sie und Nathalie Ménigon haben Nachbarzellen in einer Sonderabteilung, die vom übrigen Gefängnis isoliert ist. Beim Hofgang sind Joelle und Nathalie zusammen und auch mit den anderen gefangenen Frauen der Sonderabteilung. Ansonsten werden beide von anderen politischen Gefangenen und auch sozialen Gefangenen strikt getrennt. Die Zusage im letzten Hungerstreik, daß Joelle, Nathalie, Georges und Jean-Marc regelmäßig zu Besuchen untereinander zusammenkommen können, wurde nie eingelöst.

Ich habe eine Dauerbesuchserlaubnis und könnte theoretisch Joelle an jedem der allgemeinen Besuchstage (Montag, Mittwoch, Samstag) für eine halbe Stunde besuchen. Mit dem Gefängnis muß ich nur die Uhrzeit ausmachen. Staatsschutzüberwachung gibt es in Frankreich bei Besuchen nicht, auch vom Knast sitzt niemand in der Besuchszelle. Für meinen ersten Besuch bei Joelle (an einem Samstag) hatte ich eine halbe Stunde Besuchszeit, für den darauffolgenden Montag eine ganze Stunde (das ist nur mit Sondergenehmigung möglich).

Die Kontrollen und die Prozedur vor dem Besuch waren bei mir nicht anders als bei den anderen Besuchen: Zweimal durch Schleuse gehen, Ausweis abgeben, Besucherkarte und Holztäfelchen, auf dem die Nummer der Besucherzellen steht, in Empfang nehmen, alles bis auf Tabak/Zigaretten und Taschentücher in Schließfächer einschließen (was man in die Besucherzellen mitnehmen kann, wird natürlich durchgeguckt, ansonsten wird man nicht gefilzt, wohl aber die Gefangenen, die sich vor und nach dem Besuch nackt ausziehen müssen).

Im Warteraum wartet dann die ganze Besuchergruppe, die zu der gleichen Zeit Besuchstermin abgemacht hat, bis die Tür zum Besuchertrakt aufgeht und alle auf „ihre" Besuchszellen losstürmen.

Die Zellen sind ohne Trennscheibe, sie sind sehr klein und durch eine Betonmauer, die quasi als Tisch dient, halbiert. Die beiden Türen — eine auf der Seite der Gefangenen, die andere auf der Besucherseite — haben durchgehende Glasscheiben.

Erst kommen die Besucher in die Besucherzellen, dann werden die Gefangenen gebracht, nach und nach — und soweit ich das sehen konnte, von jeweils einer W. Joelle kam als letzte, um sie herum drei W., und sie wurde als erste wieder vom Besuch weggeholt.

Joelle soll keinerlei Kontakt zu anderen Gefangenen haben.

Das war dann auch der erste Punkt, über den Joelle und ich geredet haben: Was unter Normalisierung läuft, d.h. scheinbar gleiche Haftbedingungen für die politischen Gefangenen aus AD wie für andere Gefangene, sind in Wahrheit Sonderbedingungen, oder die Behauptung von Gleichbehandlung dient dazu, den politischen Gefangenen z.B. die Möglichkeit von Kommunikation untereinander und mit draußen abzuschneiden.

Beispiel: Joelle und Nathalie bekommen nur Zeitungen, Bücher und persönliche Briefe (also keine Kopien, Broschüren). Alles andere wird meist angehalten mit der Begründung, daß andere Gefangene das auch nicht bekommen.

Georges und Jean-Marc haben bis dahin Broschüren und Kopien bekommen, jetzt hat der Knast eine Verfügung ausgegraben, nach der Broschüren nicht erlaubt sind. Während des Besuches lief sowohl hinter der Tür auf meiner Seite als auch auf Joelles Seite eine W. auf und ab und warf beim Vorbeigehen einen Blick in die Zelle. Sonst gab es keine sichtbare optische oder akustische Besuchsüberwachung.

Auch wenn du davon ausgehst, daß sie den Besuch abhören, bist du natürlich beim Besuch viel ungezwungener, als wenn sie dir wie hier — in den BRD-Knästen — so nah auf der Pelle sitzen.

Spenden für die vier Gefangenen aus AD für Einkauf, Bücher, Abos usw. können auf folgendes Konto überwiesen werden:
Wolfgang Kronauer, „Sonderkonto", Postscheckamt Frankfurt/Main, Kto.nr. 264059-609.

Adressen der vier:
Joelle Aubron, 23506 A.
Nathalie Minigon, 23507 B.
M.A.F., 9, av. des Peupliers, F-91705 Fleury-Mirogis.
Georges Cipriani, 793936 D1
Jean-Marc Rouillan, 793881 D1.
Allée des Thuyas, F-94261 Fresnes Cederx.

„Habt Mut zu kämpfen, habt Mut zu siegen" — Texte und Dokumente des zweiten Hungerstreiks des Kampfkomitees der Gefangenen aus Action Directe (April-Juni 1989). Die deutsche Übersetzung zum Preis

von 5 DM ist zu beziehen über: Info-Büro, Alte Feuerwache, Landwehrplatz, 6600 Saarbrücken. Lieferung nach Einzahlung von 5 DM pro Broschüre auf das Konto der Bunten Hilfe Darmstadt, Literaturkonto, Stichwort: Frankreich, Konto-Nr. 111036349, BLZ 50850150, Sparkasse Darmstadt. Wenn Ihr zusammen mit der Bestellung eine Kopie des Einzahlungsbelegs schickt, geht es schneller.

Irischer politischer Gefangener im Hungerstreik

Der irische Gefangene Dessie Ellis ist seit dem 10. Oktober im unbefristeten Hungerstreik gegen seine Auslieferung an Britannien. Auszug aus seiner HS-Erklärung:

„Am Morgen des 10.10.90 beginne ich einen Hungerstreik, um gegen meine Auslieferung zu protestieren. Ich werde den Hungerstreik wenn nötig bis zum Tod durchführen, um meine Auslieferung nach Britannien zu verhindern. Die Regierung hat es in ihren Händen, die Auslieferung zu stoppen, und nur das irische Volk kann die Regierung zum Handeln zwingen. Ich wende mich jetzt mit meinem Leben an das irische Volk."

Dessie wird sowohl von seinen Angehörigen als auch von der Partei Sinn Fein und dem Komitee gegen Auslieferungen in Dublin unterstützt. Am 13.10. bereits fand in Dublin die erste große Demonstration mit 2000 Leuten statt, und täglich gibt es neue Solidaritätsaktionen sowohl im Süden als auch im Nordosten Irlands.

Der Hintergrund: Dessie wurde am 13.5.81 zusammen mit zwei anderen nach einer Wohnungsdurchsuchung festgenommen. Bei den Verhören stellte sich heraus, daß er bereits seit langem von der Polizei observiert worden war. Er wurde mit der Auflage wieder freigelassen, sich regelmäßig bei der Polizei zu melden, und er mußte seinen Paß abgeben. Kurz vor dem angesetzten Prozeß gegen ihn entzog sich Dessie dem Zugriff der Behörden und tauchte im Februar 82 unter. Am 6.2.82 wurde er beim Passieren der kanadisch/US-amerikanischen Grenze verhaftet und saß ein Jahr in den USA in Abschiebehaft. Im März 83 wurde er nach Irland abgeschoben, wo er sofort auf dem Flughafen Dublin verhaftet wurde und innerhalb weniger Tage zu acht Jahren Knast verurteilt wurde. Einen Tag vor seiner Entlassung, am 28.8.89, wurde ein erneuter Haftbefehl gegen ihn verhängt, aufgrund zweier Auslieferungsanträge aus Britannien. Die Auslieferungsanträge stützten sich auf den Besitz von Sprengstoff für Anschläge 1981/82 sowie auf Verschwörung, einen Paragraphen, der mit dem § 129a vergleichbar ist und der z.B. bei den sog. „Winchester 3" in erster Instanz zu einer Verurteilung von 25 Jahren ausgereicht hatte, bevor sie in zweiter Instanz freigesprochen worden waren. Zur ersten Anschuldigung ist zu sagen, daß die einzigen Bombenanschläge damals im Herbst 81 und im Sommer 82 stattfanden, einem Zeitraum, in dem Dessie im Knast saß bzw. sich regelmäßig melden mußte. Am 8.1.90 beschloß das Bezirksgericht seine Auslieferung nach Britannien, was am 5.7.90 vom High Court in Dublin bestätigt wurde. Diese Auslieferung wäre die erste, die auf der Grundlage der „Europäischen Konvention gegen den Terrorismus" duchgeführt würde. Dessie sitzt z.Zt. im Knast Porlaoise/Südirland. Die irisch-republikanische Bewegung fordert dazu auf, auch international Druck auf die irische Regierung auszuüben, und die Zeit eilt, da Dessie jetzt schon seit 30 Tagen im Hungerstreik ist. Schreibt Protestbriefe an:

— Taoiseach, Charles J. Haughey and the Minister for Justice, Ray Burke T.D. at Dail Eireaun, Leinster House, Dublin 2.

— Irische Botschaft, Godesberger Allee 119, 5300 Bonn.

Solidaritätstelegramme schickt an:

— Irish Anti-Extradition Committee, 29 Mountjoy Square, Dublin 1. Tel. Dublin 366489.

El Salvador: Aufruf von COMAFAC

San Salvador, 9.10.1990

Liebe Schwestern und Brüder,
wir, die Mütter und Angehörigen des christlichen Komitees der Mütter und Angehörigen der politischen Gefangenen, COMAFAC, senden Euch einen geschwisterlichen und herzlichen Gruß. Wir hoffen, daß Ihr und Eure Angehörigen und Freunde sich bei guter Gesundheit befinden und daß Gott Euch zur Seite steht.

Mit diesem Brief möchten wir Euch über unsere Situation in El Salvador informieren, und wir möchten Euch versichern, daß wir unseren Kampf um einen tasächlichen und wahrhaften Frieden weiterführen. Über Informationsstände, Mahnwachen, Demonstrationen etc. versuchen wir, Öffentlichkeit und Bewußtsein zu schaffen über die Bedingungen, unter denen wir SalvadorianerInnen leben müssen:

Die ökonomische Krise, die sich weiter verschärft, die andauernde Verletzung der Menschenrechte, die Situation der politischen Gefangenen. In unserer Arbeit nehmen wir die aktuellen politischen, militärischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen auf. Ein Hauptdiskussionspunkt in El Salvador sind derzeit die Streitkräfte, die dringend notwendige Entmilitarisierung der Gesellschaft und die Aufhebung der Straffreiheit für die Streitkräfte, wobei als exemplarischer Fall die Ermordung der sechs jesuitischen Priester angeführt wird.

Die Hauptarbeit vom COMAFAC ist die humanitäre, juristische, politische und ökonomische Unterstützung der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen.

Mit diesem Brief möchten wir Euch auch um Eure Solidarität mit unserem Anliegen, mit unserem Kampf bitten, um politische Unterstützung und um finanzielle Hilfe. An persönlichem Einsatz geben wir unser Bestes, aber für unsere Arbeit benötigen wir auch Geld. Die Ernährung der Gefangenen ist dermaßen schlecht, daß wir, soweit es uns möglich ist, von außen Lebensmittel zuführen müssen. Auch die Fahrtkosten zu den Gefängnissen sind ein erheblicher Kostenfaktor. Auch die Aufrechterhaltung unseres Büros, die Öffentlichkeitsarbeit und, wie bereits gesagt, die Betreuung der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen gehören zu unserer Arbeit. Dieser Brief reicht nicht aus, um Euch darzulegen, wie umfassend unsere Arbeit und wie groß die Notwendigkeiten und Bedürfnisse sind, die mit dieser Arbeit einhergehen.

In diesem Sinne möchten wir Euch um politische Unterstützung bitten. Derzeit führen wir eine Kampagne durch, bei der wir in öffentlichen Aktionen die Freilassung der politischen Gefangenen fordern, die Verbesserung ihrer Haftbedingungen, d.h. Ernährung, Gesundheitsversorgung etc.

Da unsere finanzielle Situation äußerst angespannt ist, möchten wir Euch auch um Spenden bitten. Wir sind dringend auf Geldspenden angewiesen, um unsere Angehörigen in den Gefängnissen besuchen zu können und zumindest die allernotwendigste Betreuung leisten zu können.

Liebe Schwestern und Brüder: In Hoffnung auf Eure Unterstützung und Solidarität senden wir Euch herzlichste Grüße und wünschen Euch Gottes Segen.

Spenden auf das Konto vom Forum Lateinamerika, Stichwort „COMAFAC", Volksbank Kleve, BLZ 32460422, Kto.nr. 4521013.

Im Info 50 veröffentlichten wir eine Erklärung von COPPES, dem Komitee der politischen Gefangenen von El Salvador, in der die Mißhandlung und Verschleppung von Carlos Arturo López Ocampo (einem der politischen Gefangenen) an einen unbekannten Ort angeprangert und befürchtet wurde, daß sein Leben in höchster Gefahr sei. Wie wir inzwischen erfahren haben, ist Carlos López inzwischen grausam gefoltert im Gefängnis von San Francisco Gotera aufgetaucht.

Türkei: Schulkinder wegen Antikriegsparolen festgenommen

Seit über drei Monaten läuft in der Türkei eine breite Kampagne gegen den geplanten US-Angriff im Irak. Es gibt in vielen Städten Komitees unter der Parole „Nein zum Krieg". In den Komitees arbeiten streikende ArbeiterInnen, StudentInnen, SchülerInnen, BeamtInnen usw. mit. Neben anderen Aktionen (im vorletzten Info berichteten wir) haben in den letzten Wochen an vielen Universitäten und Schulen Seminare und Protestaktionen stattgefunden. In der Folgezeit wurden in Istanbul sieben Schulkinder festgenommen, darunter auch ein 16jähriges Mädchen. Der Schulleiter hatte die Schulkinder bei der Polizei angezeigt, weil sie ein Transparent mit der Parole „Nein zum Krieg" an einer Schulwand aufgehängt hatten. Darüber wurde in der türkischen Presse ausführlich berichtet. Laut Presse wurden die 16jährige und ihre FreundInnen wegen Mitgliedschaft in Dev Sol angeklagt. Gegen die 16jährige wurde eine 26jährige Haftstrafe beantragt. Alle wurden nach neuntägiger Polizeihaft und Folter in den Knast Bayrampaşa (Istanbul) gebracht. Gegen die Festnahmen protestierten ca. 500 Eltern und SchülerInnen vor der Schule.

Prozesse

Prozeßtermine

PKK-Prozeß in Düsseldorf

Die Prozeßtermine in diesem Jahr im PKK-Prozeß stehen bereits fest. Sie beginnen jeweils um 9.15 Uhr im Nebengebäude des OLG Düssel-

dorf, Tannenstraße: Di, 13. 11.; Mi, 14. 11.; Mo, 19. 11.; Di, 20. 11.; Di, 27. 11.; Mi, 28. 11.; Di, 4. 12.; Mi, 5. 12.; Di, 11. 12.; Mi, 12. 11.; Di, 18. 12.; Di, 18. 12., Mi, 19. 12.; Fr, 21. 12. (an diesem Tag späterer Verhandlungsbeginn).

Prozeß gegen Luitgard Hornstein

Im Prozeß gegen Luiti im Stammheimer Prozeßbunker wegen des Anschlags auf Dornier ist der nächste Termin am 13. 11. um 9 Uhr. Voraussichtlich ist an diesem Tag Urteilsverkündung.

Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough

Die nächsten Termine gegen die beiden irischen politischen Gefangenen in der BRD, Gerry Hanratty und Gerry McGeough, im Düsseldorfer Prozeßbunker in der Tannenstraße finden statt am: Fr, 9. 11., 9 Uhr; Do, 15. 11., 9.30 Uhr; Fr, 16. 11., 9 Uhr; Do, 22. 11., 9.30 Uhr; Fr, 23. 11., 9 Uhr; Do, 29. 11., 9.30 Uhr; Fr, 30. 11., 9 Uhr; Do, 6. 12., 9.30 Uhr; Fr, 7. 12., 9 Uhr; Do, 13. 12., 9.30 Uhr; Fr, 14. 12., 9 Uhr; Do, 20. 12., 9.30 Uhr; Fr, 21. 12., 9 Uhr.
An diesen Tagen ist das Prozeßcafé im Redhouse, Kiefernstraße 35 A, von 18-20 Uhr geöffnet.

Prozeß gegen ProzeßbesucherInnen

Der Prozeß gegen fünf BesucherInnen des Prozesses gegen Rico Prauss und Andrea Sievering in Stammheim findet statt vor dem Amtsgericht Stuttgart/Bad Cannstatt am Mo, 26. 11.; 3. 12.; 10. 12.; 17. 12.; Fr, 21. 12. (genauer Ort und Uhrzeiten werden noch bekannt gegeben)

Demonstration gegen den Kurdenprozeß

Karlsruhe. Am 27. 10. fand in Karlsruhe eine Demonstration gegen den Düsseldorfer Kurdenprozeß statt. 400 Leute, darunter viele Westdeutsche, nahmen teil. Den Aufruf der Kurdistan-Solidaritätsgruppen unterstützten autonome, antiimperialistische und antifaschistische Gruppen, FEYKA Kurdistan, SDAJ, BWK und Volksfront. Die MLPD rief zur Demonstration auf. Die Demonstration stand unter den Forderungen: Sofortige Einstellung des PKK-Verfahrens vor dem OLG Düsseldorf! Weg mit dem § 129a! Sofortige Freilassung aller kurdischen politischen Gefangenen! Schluß mit den Verfolgungen von Anhängerinnen und Anhängern des kurdischen Befreiungskampfes in der BRD!

Es wurde zur Solidarität mit den sechs kurdischen Gefangenen, die am 24. 10. gegen die fast dreijährige Isolationshaft in den Hungerstreik getreten sind, aufgerufen. Die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen in der BRD und der seit nunmehr einem Jahr im Hungerstreik befindlichen spanischen Gefangenen wurde erhoben, die Einstellung der Prozesse gegen die irischen und palästinensischen Genossen gefordert. Die Spendensammlung zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes erbrachte über 300 DM.

Drei Tage vor der Demonstration nahm die Polizeibehörde Karlsruhe die erst genehmigte Route durch die Fußgängerzone und Innenstadt „auf Anweisung von oben" zurück. Sie ordnete eine Route außerhalb der Innenstadt auf Seitenstraßen an. Nachdem das Verwaltungsgericht Karlsruhe dies zurückgewiesen hatte, konnte die Polizeibehörde auch nicht vor dem Verwaltungsgerichtshof mit ihrer Säuberung der Innenstadt durchkommen.

Rede von Vreni Lauterbach

Ich bin die Mutter einer politischen Gefangenen in der BRD. Meine Tochter ist seit fast acht Jahren in Köln-Ossendorf in Haft.

Im Namen meiner Tochter für alle politischen Gefangenen hier, solidarische, revolutionäre Grüße. Und ich soll euch sagen, daß euer Kampf sehr wichtig ist, für alle — egal in welchem Teil der Welt —, die um eine Perspektive für die Menschheit kämpfen. Der Kampf des kurdischen Volkes und der PKK ist wie die Intifadah des palästinensischen Volkes ein Feuer für die Befreiung von Unterdrückung und für die Menschenwürde. Davon können und müssen alle lernen — auch hier die Linke, die sich als Opposition begreift. Deswegen muß es eine gemeinsame Anstrengung der Kräfte hier sein, für das Recht der kurdischen Genossinnen und Genossen zu kämpfen, daß sie ihre politische Arbeit für den Kampf des kurdischen Volkes *hier* fortsetzen können. Deswegen muß die Kriminalisierungsstrategie gebrochen werden, die Ausdruck des deutschen und europäischen Machtwahns ist, die sie jetzt nicht mehr nur gegen die revolutionären Kräfte hier anwenden, sondern mit den gleichen Methoden auch gegen palästinensische, irische und kurdische Freiheitskämpfer vorgehen. Es muß laut und deutlich gesagt werden: Dieser Staat tritt jedes Recht mit Füßen mit der Verfolgung des kurdischen Volkes.

Es geht um die Freiheit der kurdischen Gefangenen! Das zu erreichen muß die Verantwortung der linken Opposition hier sein. Von ganzem Herzen grüßen wir besonders die kurdischen Gefangenen!

Wir Angehörigen der politischen Gefangenen wissen, was das heißt, unter den Bedingungen der Isolation hier im Knast zu sein. Wir wissen auch von der Situation in den Knästen der Türkei, und wie die Angehörigen dort und in Spanien, Italien, Frankreich kämpfen wir hier gegen jede Form von Folter, für die Menschenrechte und Freiheit.

Angriff auf die Prozeßöffentlichkeit beim Prozeß gegen die beiden Iren

Am 19. Oktober fuhren nach dem Besuch des Iren-Prozesses in Düsseldorf drei Autos von Prozeßbeobachtern in einem Konvoi in Richtung Kiefernstraße. Etwa einen Kilometer vor der Kiefern stellt sich ein Streifenwagen quer vor sie auf der Straße auf, an dem sie allerdings vorbeifahren konnten, 200 Meter vor der Kiefern wurde der Konvoi dann von einem Bulli, zwei Zivi-Wagen und einem Streifenwagen zum Stehen gebracht. Die Polizisten verlangten dann mit gezogener Knarre die Ausweise der Autoinsassen. Die Ausweiskontrolle dauerte insgesamt 15 Minuten, wobei die Daten gesichert wurden, alles nach Auskunft eines Zivilbeamten auf Anweisung des K 9.

Die Irland-Soli-Gruppen rufen nochmal dazu auf, daß möglichst viele am 15. November zum Prozeß im Düsseldorfer Prozeßbunker kommen, da an dem Tag ein hoher Beamter der RUC (loyalistische Polizei) aus Nordostirland als Zeuge der Anklage auftreten wird. Ein Vorbereitungstreffen dafür ist am 12. 11. 90 in Berlin im Mehringhof, Gneisenaustr. 2 a.

Drei Resolutionen vom 2. Bundeskongreß „Emanzipation und lateinamerikanische Identität 1492-1992" in Frankfurt/M.

Auf dem 2. Bundeskongreß des Projektes „Emanzipation und lateinamerikanische Identität 1492-1992" am 30. 9. 1990 in Frankfurt/Main wurden Resolutionen verabschiedet:
— zu Isabel Jacob:
Die Justizministerin von Niedersachsen, Alm-Merk, wurde aufgefordert, Isabels Haftunfähigkeit anzuerkennen und den Haftantrittstermin aufzuheben.

— Zum Hungerstreik der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) in Spanien:
„Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 2. Bundeskongresses . . . verurteilen aufs schärfste die Haftbedingungen und die unnachgiebige Haltung der sozialdemokratischen spanischen Regierung. So wie wir hier zusammentreffen, um uns für das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Völker Latein- und Nordamerikas nach 500 Jahren Kolonialismus, Ausbeutung und Unterdrückung einzusetzen, verurteilen wir die Vernichtungspolitik des spanischen Staates, der 1992 die blutige Conquista feiern will und sich somit in dieselbe Tradition stellt.

Wir fordern die Wiederzusammenlegung der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) und die Beendigung des Schweigens der internationalen Medien."

— Zur Situation der politischen Gefangenen in den USA:
Die Kampagne Freedom Now, darin besonders das „Internationale Tribunal über die Situation der politischen Gefangenen in den USA", die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere die der Haftunfähigen Alan Berkman und Silvia Baraldini, wird unterstützt. Außerdem schließen sich TeilnehmerInnen des Kongresses einer Petition an Gouverneur Casey von Pennsylvania zu Mumia Abu-Jamal an: „. . . Wir fordern, daß Sie den legalen Mord an diesem mutigen Fürsprecher für die Rechte der Schwarzen und der Armen nicht zulassen. Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben."

Mitteilung des antifaschistischen Fußballturniers

Das alljährliche antifaschistische Fußballturnier, das diesmal in Hamburg-Altona am letzten sonnigen Septemberwochenende stattfand, endete bei Beteiligung von 16 kampfstarken Mannschaften aus Saarbrücken, Freiburg, Berlin, Köln, Bonn, Bad Neuahr, HH-Altona und HH-St. Pauli mit einem Sieg der Hafenstraße und einem Überschuß von über 1 100 Deutschmark. Dieses Geld ist betimmt für die Angehörigen der politischen Gefangenen, ihre Arbeit und natürlich für die Gefangenen direkt. Kämpferische Grüße!

Wir bedanken uns bei den Fußballern für ihre Spende und empfinden sie durchaus für nachahmenswert.

Ankündigungen

Veranstaltungen, Demonstrationen

Nürnberg. 9. 11.: Demo zu ZL, die auch an den Knästen vorbeigeht. Uhrzeit und Ort im Infobüro, c/o Netzwerk, Moltkestr. 13, 8500 Nürnberg, Tel. 09 11/22 65 98 (Fr 17-19 Uhr) erfragen.
Hamburg. 10. 11., 11 Uhr, Mittelweg 37, Kundgebung vor dem spanischen Generalkonsulat.
Kiel. 10. 11., 10.30 Uhr, Asmus-Bremer-Platz: Landesweite Demonstration zu den Jahrestagen des 9. 11. 1918 und 9. 11. 1938 unter dem Motto „Wider den ‚deutschen Geist' — Kein Vergeben und Vergessen der Verbrechen des Kapitals, niemals Vergessen die Geschichte des Widerstandes, gegen Sexismus — Rassismus — Nationalismus — Faschismus — Befreiung ist international!" Abschlußkundgebung und anschließendes Fest im/am Merhaba, Harmsstr. 17.
Karlsruhe. 13. 11., 4.30 Uhr, Busbahnhof: Abfahrt zum Kurdenprozeß in Düsseldorf.
Göttingen. 17. 11., 11 Uhr, Stadthalle: Demo zum Jahrestag des Todes von Conny Wißmann ('89).
Dazu am **16. 11.** die ganze Nacht Mahnwache sowie Vorbereitungstreffen um 20 Uhr in der Uni (ZHG). Anlaufstelle: Juzi, Bürgerstr. 41, 3400 Göttingen, Tel. (05 51) 745 57.
Kiel. 17. 11., ab 18 Uhr, Hansastr. 48, Solidaritätskonzert der Roten Hilfe: Ab 18 Uhr Film über die „Kommune Karl Marx"; ab 20 Uhr Konzert mit Me and the Boys und Graue Zellen, dazwischen Jongliernummern, u.a. Schwarzlichtshow (Helge und Eberhard). Außerdem Essen und Trinken, Bücher- und Infotische, Antifa-Ecke. Eintritt 8 DM (für Verdiener), 5 DM (für Leute mit wenig Geld).

Die nächste Kundgebung für die Freilassung von Günter Sonnenberg und aller anderen haftunfähigen Gefangenen findet am 16. 11. von 13-15 Uhr vor dem Justizministerium in Stuttgart statt.

Infobüros, -läden und ZL-Plenen

Westberlin. Rote Säge, Büro zur Unterstützung der kämpfenden Gefangenen, Falckensteinstr. 46, 1000 Westberlin 36, Tel.: 030/61 82 158.
Kiel. AG ZL, Autonome Info Gruppe, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1.
Neumünster. AG ZL, c/o Infoladen Omega e.V., Bahnhofstr. 44, 2350 Neumünster, Tel.: 043 21/459 27.
Hamburg. Infobüro für Gefangene, Paulinenstr. 15a, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/31 65 42, Do (Frauentag) und Fr 14-18 Uhr.
Hamburg. ZL-Plenum Ottensen, Zeißstr., 2000 Hamburg 50.
Hamburg-Harburg. Infoladen Adelante, c/o GAL-Büro, Hohe Str. 26, 2100 Hamburg 90.
Barnstorf. Info-Büro, Bahnhofstr. 16, 2847 Barnstorf. Nur Mo zwischen 17.00-18.00 Uhr mit Info-Leuten besetzt. Ansonsten werden Infos weitergegeben.
Oldenburg. ZL-Plenum, c/o Alhambra, Hermannstr. 83, 2900 Oldenburg, Tel.: 0441/14 402, Do 20-22 Uhr.
Braunschweig. AG gegen Isolation, c/o ASTA der TU, Katharinenstr. 1, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531/39 14 556, Di und Do 14-18 Uhr.
Göttingen. Zusammenlegungsinitiative, c/o Buchladen, Rote Straße 10, 3400 Göttingen.
Kassel. Antirepressionsgruppe, c/o Umweltzentrum (Treffpunkt für Initiativen, Koordinationsbüro), Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel, Tel.: 0561/77 53 07, Do 20- ca. 22 Uhr.
Dortmund. Infobüro, c/o Taranta Babu, Humboldtstr. 44, 4600 Dortmund 1, Tel.: 02 31/14 16 89, Mi 17-19 Uhr.
Düsseldorf. ZL-Plenum, c/o Infoladen, Kiefernstr. 15, 4000 Düsseldorf.
Duisburg. Infoladen, ZL-Initiative, c/o Kulturzentrum Fabrik, Grabenstr. 20, 4100 Duisburg 1, Tel: 0203/37 06 89, Do ab 19 Uhr, So 16-20 Uhr.
Köln. Infoladen, Ludolf-Camphausen-Str. 36, 5000 Köln 1, Di und Fr.
Köln. ZL-Plenum und Info-Büro, c/o SSK, Liebigstr., 5000 Köln 30.
Bonn. Infoladen, Wolfstr. 10/Hinterhaus, 5300 Bonn 1.
Wuppertal. Infoladen, Brunnenstr. 41, 5600 Wuppertal 1.
Münster. Infobüro (für die ZL, gegen Knast, Repression und Isolationsfolter), c/o GAL, Bremer Str. 42-56, 4400 Münster, Tel.: 0251/60 22 60, Di 17-20 Uhr und/oder So 20-22 Uhr.
Bielefeld. Infoladen „Anschlag", Heeperstr. 132, 4800 Bielefeld, Tel.: 05 21/171 25 53, Mo-Fr 16-20 Uhr (Mo Frauentag).
Darmstadt. Bunte Hilfe, Wilhelm-Leuschner-Str. 39, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151/20 480, Mo 20-22 Uhr.
Gießen. Infoladen, Südanlage 20, 6300 Gießen.
Gießen. Frauengruppe zur ZL, ZL-Initiative, Frankfurter Str. 59, 6300 Gießen, Tel.: c/o DKP 0641/71 304.
Wiesbaden. Infoladen, Werder Str. 8, 6200 Wiesbaden.
Mainz. ZL-Plenum, c/o Kontext, Leibnizstr. 24, 6500 Mainz.
Saarbrücken. Info-Büro, Alte Feuerwache, Landwehrplatz, 6600 Saarbrücken.
Tübingen. Infobüro, c/o Die Grünen, Neckarhalde 6, 7400 Tübingen, Tel.: 07071/51 496, Di und Fr 15-19 Uhr.
Heidelberg. Infostelle zur ZL, c/o Buchhandlung Schöbel-Kube, Plöck 64a, 6900 Heidelberg. Jeden 2. Freitag im Monat ZL-Plenum um 20 Uhr, Griechische Taverne (Bergbahn).
Konstanz. Bündnis gegen Gesinnungsstrafrecht und Isolationsfolter, Postfach 100528, 7750 Konstanz. Plenum jeden ersten Freitag im Monat. Infokneipe jeden Dienstag ab 20 Uhr, Kulturladen (Chérisy-Kaserne).
Karlsruhe. Infobüro, c/o Ulrich Seeger, Buchhandlung „Der Rabe", Zunftstr. 8, 7500 Karlsruhe-Durlach, Tel.: 0721/40 83 78 (nach Ulrich Seeger fragen), Fax 0721/40 58 43.
Stuttgart. Infobüro, c/o Infoladen Heslach, Mörikestr. 69, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 07 11/649 16 29, jeden Di von 17-20 Uhr Treffen im Infoladen.
Freiburg. Infobüro, c/o BWK, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg.
Nürnberg. Infobüro, c/o Netzwerk, Moltkestr. 13, 8500 Nürnberg, Tel. (Di und Fr 17-19 Uhr): 09 11/22 65 98, ansonsten nur schriftlich zu erreichen.
Regensburg. Infoladen, Engelburger Str. 12, 8400 Regensburg.
Augsburg. Infoladen Zoff, Konrad-Adenauer-Allee 21, 8900 Augsburg, Do 17-21 Uhr (z. Zt. können jedoch die Öffnungszeiten nicht immer eingehalten werden).
München. AK Knast, c/o GNN-Verlag, Holzstr. 2, 8000 München 5, Tel.: 089/260 38 40.
München. Infoladen, Breisacherstr. 12 (im Keller), 8000 München 80, Tel.: 089/44 89 638.
Wir bitten alle Infobüros, -Läden und ZL-Plenen, die hier nicht aufgeführt sind, uns per Postkarte anzuschreiben, damit wir sie dann im nächsten Info nennen können. Sollte bei unserer Liste jetzt was fehlerhaft oder unvollständig sein, dann schreibt uns doch bitte kurz und korrigiert es.

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Christiane Barabaß. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 220 42 78. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 21 16 58. Einzelpreis: 0,80 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 26,-, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 10 Stück das Heft zu 0,50 DM und ab 50 Stück zu 0,40 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 370 101 11, Kto.Nr. 11 443 936 00 oder Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 104 19-507. — Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10, Kt.-Nr. 448 630-102.